



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Doris Achelwilm
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Eingegangen

25. Nov. 2019

Doris Achelwilm - Büro Berlin

Rita Hagl-Kehl, MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin der Justiz und
für Verbraucherschutz

ADDRESS Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-8010

FAX +49 (030)18 580-8015

E-MAIL buero-pstn-hagl-kehl@bmjv.bund.de

19. November 2019

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 10/605 vom 31. Oktober 2019

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 10/605:

Wie plant die Bundesregierung, angesichts der Tatsache, dass Facebook nicht der Aufsicht der Landesmedienanstalten unterliegt und der Bund im Fall des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes die Regulierungskompetenz für Spezifika von Online-Kommunikation schon einmal an sich gezogen hat, auf die mögliche Einführung eines „News Tab“ in der deutschen Facebook-Version nach US-amerikanischem Vorbild zu reagieren, in welchem auch solche Angebote als vertrauenswürdiger Journalismus präsentiert werden könnten, die dem deutschen Pressekodex nicht genügen (<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ausland/facebook-news-breitbart-101.html>)?

Antwort:

Aus der zitierten Berichterstattung ergibt sich, dass Facebook das genannte Angebot derzeit nur in den USA und nur einem ausgewählten Kreis von Nutzern zur Verfügung stellt. Ob und wann europäische Länder das neue Angebot erhalten sollen, sei noch völlig offen. Der Artikel deutet auch an, dass Facebook offenbar jeweils mit lokalen Medienhäusern kooperieren will. Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung derzeit keinen Handlungsbedarf im Sinne der Fragestellung.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Hagl-Kehl